

## Zur Zukunft des Stabilitäts- und Wachstumspaktes\*

Von Ulrich Fritzsche\*\*

Die vorliegende Ausgabe der Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung steht im Zeichen der Diskussion um die Zukunft des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP), eines der zentralen Elemente wirtschaftspolitischer Koordinierung und Disziplinierung auf europäischer Ebene. Auch das DIW Berlin hat immer wieder – so in den jährlichen „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung“ – Reformvorschläge zur Neugestaltung des SWP vorgelegt.

In diesem Heft werden unterschiedliche Standpunkte zur Zukunft des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aus deutscher und europäischer Perspektive vorgestellt.

In einer Gruppe von Beiträgen geht es um die Erfahrungen mit der Umsetzung des SWP in Deutschland. *Florian Höppner, Christian Kastrop, Stefan Olbermann* und *Thomas Westphal* analysieren die Diskussion um die Reform des SWP vor allem aus der Sicht des unmittelbar Beteiligten und der politischen Umsetzung im verantwortlichen Ministerium. *Jana Kremer* und *Karsten Wendorff* stellen den bei der Deutschen Bundesbank verwendeten Ansatz zur Konjunkturbereinigung des Defizits vor und bewerten auf dessen Grundlage die Finanzpolitik. *Karl Heinz Hauser* diskutiert die innerstaatliche Umsetzung des SWP vergleichend für Deutschland und Österreich.

In einer weiteren Gruppe von Beiträgen kommen Kritiker und Befürworter des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu Wort, die aus sehr unterschiedlichen Perspektiven zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen. *Renate Ohr* und *André Schmidt* plädieren für eine stärkere Regelbindung anstelle der bisher üblichen hohen Ermessensspielräume. *Andrew Hughes Hallett* und *John Lewis* stellen den Disziplinierungseffekt des bisherigen SWP in Frage und kommen aufgrund empirischer Schätzungen zu dem Ergebnis, dass der im Vorfeld der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) zu beobachtende Glaubwürdigkeitsgewinn inzwischen aufgezehrt ist. *Bodo Herzog* zeigt überblicksartig theoretische Argumente auf, warum vor allem große Länder Anreize haben, gegen den SWP zu verstößen, während *Davide Furceri* empirische Evidenz dafür präsentiert, dass der bisherige SWP kein geeignetes Instrumentarium bildet, asymmetrische oder auch symmetrische idiosynkratische Schocks zu verarbeiten.

Zahlreiche Autoren präsentieren grundlegende Reformvorschläge zur Neugestaltung des Paktes. *Heinz-Peter Spahn* kritisiert vor allem das Fehlen eines kohärenten Gesamtkon-

\* Die Beiträge von Andrew Hughes Hallett und John Lewis, Davide Furceri sowie von Francesco Saraceno und Paola Monpermus-Veroni wurden auf der Tagung „Fiscal Policies in the European Union“ der European Forecasting Research Association for the Macro-Economy (EUROFRAME) am 4. Juni 2004 in Paris vorgestellt. Wir danken den Organisatoren der Tagung für die produktive und effiziente Kooperation.

\*\* DIW Berlin, E-Mail: [ufritzsche@diw.de](mailto:ufritzsche@diw.de)

zepts und das Fehlen eines für die Nachfrage- und Konjunkturpolitik auf EWU-Ebene zuständigen Akteurs. *Jörg Bibow* plädiert für eine Kehrtwende der makroökonomischen Wirtschaftspolitik in der EWU weg von einer diagnostizierten Sparpolitik und hin zu einer Wachstumspolitik. Als Instrument dazu schlägt er ein nominales Wachstumsziel vor. *Gerd Grözinger* schlägt vor, seitens der Kommission nationale Abweichungen dann zu erlauben, wenn sie dem Geist der Verträge entsprechen. Die Schuldenaufnahme muss präziser an Investitionen geknüpft werden, der Handlungszeitraum ist auf die gesamte Wahlperiode des Parlaments zu erweitern, und es sollte ein strikter Strafmechanismus für Politiker eingeführt werden. *Francesco Saraceno* und *Paola Monperrus-Veroni* schlagen vor, den Pakt um eine Berücksichtigung der Schuldenstände zu erweitern und ein gewichtetes Defizitkriterium zur Grundlage der Beurteilung zu machen.

Zwei weitere Aufsätze beschäftigen sich mit der „Schweizer Schuldenbremse“ – einer alternativen Regel, die nach Auffassung von *Jochen Hartwig* und *Rita Kobel Rohr* bestimmte Probleme wie asymmetrische Ausgestaltung und mangelnde Konjunkturgerechtigkeit, die aus der Handhabung des SWP aufgetreten sind, löst. Allerdings ist auch die Schweizer Schuldenbremse nicht frei von Widersprüchen. In seinem Beitrag analysiert *Christian Müller*, dass aus konstruktionsbedingten und theoretischen Gründen die Umsetzung des verfassungsgemäßen Ziels der Schweizer Schuldenbremse einerseits unmöglich ist, andererseits aber Resultate zeitigt, die für die Reform des SWP interessant sind.

Alles in allem zeigen die Beiträge, dass der Diskussionprozess bei weitem davon entfernt ist, abgeschlossen zu sein. Trotz der jüngsten Beschlüsse, die eine flexiblere Anwendung des SWP beinhalten, bleibt die weitere Ausgestaltung der Makropolitik im Euroraum weiterhin ein spannendes Thema. Das DIW Berlin hofft, mit dem vorliegenden Heft einen Beitrag zur Diskussion geleistet zu haben.